

Einen wunderschönen Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen.

Dass wir uns am 1. Advent versammeln ist zumindest ein erbauliches Zeichen, damit wir Kraft sammeln können für all das, was vor uns liegt. Ich glaube, zum Kraft sammeln gehört auch, dass Bewusstsein zwischendurch einmal abschalten zu können. Vielleicht haben wir so zwischen Weihnachten und Neujahr auch ein bisschen Zeit zum Kraft tanken, um dann 2008/2009 mit Volldampf in den Wahlkampf einzutreten und die gesellschaftliche Auseinandersetzung stark zu prägen, nämlich von links.

### *Wir brauchen ein neues Dienstrecht*

Lasst mich auf die Bemerkung von Steffen Lemme eine Anmerkung machen in Bezug auf die GDL. Wir haben im Parteivorstand uns bewusst nicht zur GDL als Organisation verhalten, weil ich auch zutiefst überzeugt bin, dass sich an dem Beispiel des berechtigten Zorns der Lokführer deutlich macht, dass die westdeutschen Modelle anfangen zu zerbrechen. Es ist eben weit mehr wie nur der Streik von Lokführern. Es ist die Auseinandersetzung um permanente Lohnsenkung. Es ist die Auseinandersetzung um Zurückweisung, aber es ist auch die Schwäche der Gewerkschaften insgesamt, gesellschaftliche Verhältnisse für die abhängig Beschäftigten wieder nach vorne zu prägen.

Deswegen habe ich auch als jemand, der glühend für die Einheitsgewerkschaft gekämpft hat, Probleme damit. Ich gebe es frank und frei zu, wenn eine einzelne Berufsgruppe sich loslöst aus einem Flächentarifvertrag und Separatabschlüsse erzwingen will, dann kann das meines Erachtens nicht der richtige Weg sein. Der Weg muss sein, dass wir gemeinsam die Kraft aller Beschäftigten nutzen, um z. B. mit Streiks a la Frankreich, die Rente mit 67 aus den Betrieben heraus gemeinsam zu bekämpfen. Deswegen haben wir im Parteivorstand gesagt, wir fordern die Bundesregierung auf, die Bezahlung der beamteten Lokführer - über 8.000 Lokführer sind noch beamtet - deutlich anzuheben und die Angestellten sofort gleich zu schalten. Für gleiche Arbeit muss gleicher Lohn gezahlt werden. Es ist ein Skandal, dass die Lokführer, die noch beamtet sind, als Streikbrecher gegen die Angestellten eingesetzt werden. Dahinter steckt ein viel tieferes Problem, das wir gemeinsam angehen müssen. Die Trennung zwischen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist überholt und muss abgeschafft werden. Wir brauchen ein einheitliches Dienstleistungsrecht in Deutschland.

Deswegen, lieber Steffen, sage ich ganz deutlich: Wir stehen solidarisch an der Seite des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Wir stehen solidarisch an der Seite der Einheitsgewerkschaft. Wir stehen aber auch solidarisch an der Seite all derjenigen, die sich aufmachen zu kämpfen. Deswegen darf man sich mit einem Konzern auch nicht gemein machen, wenn man dafür im Gegenzug Posten bekommt. Insoweit muss man auch kritische Fragen aus der Politik in Richtung TRANSNET ertragen.

Aber wir dürfen uns nicht auseinander dividieren lassen. Ich sehe es mit großer Sorge, wenn in München die Lokführer der S-Bahn oder die Busfahrer aus dem BAT-Bereich zur GDL übertreten und damit ihre Tarifgewerkschaft ver.di verlassen. Es kann uns nicht nützen, wenn zum Schluss alle aus den Fachgewerkschaften austreten und ein Flächentarifvertrag an den zulässigen Stellen überhaupt nicht mehr ermöglicht wird.

Deswegen sage ich, am Beispiel des Lokführerstreiks wird deutlich, dass das westdeutsche System zu Ende ist.

### *Wettbewerb der Ideen*

Wir müssen uns mit den Realitäten im Jahre 2007/2008 auseinandersetzen, mit den Realitäten eines vereinten Deutschlands, bei dem das Soziale und das Solidarische seit Jahrzehnten mit Füßen getreten wird.

Es ist gut, dass wir uns aufgemacht haben, das Wort Solidarität wieder in den Mittelpunkt von politischen Auseinandersetzungen zu stellen. Deswegen, Genossinnen und Genossen, bin ich froh, dass wir als Partei DIE LINKE deutlich gemacht haben, dass der Begriff „Demokratischer Sozialismus“ wieder verteidigt werden kann. Wir haben dafür gesorgt, dass es die SPD in ihr Parteiprogramm hinein geschrieben hat. Insoweit, liebe Genossinnen und Genossen, bin ich stolz auf uns. Rot wirkt! Links wirkt! Endlich wird in diesem Land wieder über soziale Gerechtigkeit geredet und gestritten und man fängt an, mit uns in einen Wettbewerb zu treten, ein Wettbewerb der Ideen. Das ist gut so. Ohne uns hätte die SPD den demokratischen Sozialismus sang- und klanglos beerdigt. Jetzt können wir ja darüber streiten, ob er in der SPD wirklich etwas wert ist. Aber wenn er gestrichen worden wäre, hätte die SPD ja deutlich gemacht, dass man das Feld uns komplett überlassen will. Wenn das der Mittelpunkt der Auseinandersetzung ist, dass es jenseits des Turbokapitalismus noch andere Antworten gibt, die man alltäglich geben kann, ist die SPD herzlich eingeladen, mit uns den Wettbewerb über den Begriff des demokratischen Sozialismus öffentlich und nachhaltig zu führen.

### *Thüringer Bürger sein*

Es gibt ja noch mehr Menschen, die sich Sorgen um uns machen. Also dieser Herr Mohring oder Möhring hat heute Morgen gesagt, wir hätten inhaltlich nichts zu bieten und deswegen hätten wir einen hessischen Import. Ich glaube, er meint mich und er ist ja vereint mit einer Tageszeitung, die auch immer darüber philosophiert, ob jemand wie ich überhaupt diese Partei in Thüringen als Thüringer repräsentieren darf.

Ich frage: Wann wird man hier eigentlich eingebürgert, liebe Thüringer Allgemeine? Wann darf man eigentlich in Thüringen Bürger sein?

Ich bin lang genug hier, um zu wissen, dass die Thüringer Allgemeine vorher einmal „Das Volk“ hieß. Das sie damals auch der ZENTRAG gehörte und es Leute gibt, die aus dem Parteivermögen der SED auch ihren persönlichen Vorteil hatten. Deswegen sollten diese nicht mit den Fingern auf uns zeigen.

Und um es richtig zu stellen, ich bin eigentlich ein wahrer Sachse. Dieter Hausold hat mir das gestern Abend genau auseinander gelegt, dass die wahren Sachsen nämlich aus Niedersachsen kommen. Die Sachsen in Sachsen sind Zugewanderte im Rahmen der Völkerwanderung der letzten Jahrtausende. Die eigentlichen Sachsen sind abgewandert nach Niedersachsen.

Lieber Herr Mohring, ich bin Niedersachse, und wenn man dann mir anhängt, dass ich Hesse sei, dann ist es doch gut, dass man in diesem Land frei gewählt seinen Aufenthalt nehmen kann, wo man will, nämlich in Thüringen oder in Hessen oder in Niedersachsen. Es gibt dazwischen eben keine Grenze mehr. Ich habe mir das Recht genommen.

Nachdem man mir im Westen immer gesagt hat, geh doch rüber, bin ich rüber gegangen. Jetzt bin ich hier, Herr Mohring, und ich lasse mich nicht vertreiben.

Eine weitere Bemerkung in dem Zusammenhang, lieber Herr Mohring. Es war Ihr Dr. Vogel, den Sie importiert haben aus meinem Rheinland-Pfalz. Dieser Mann, Bernhard Vogel, als Kultusideologe hat mit Renate Laurin das ganze Schulsystem von Rheinland-Pfalz ruiniert. Er hat meine Dorfschule, in der ich mein schönstes Schulerlebnis hatte, kaputt gemacht, um Schulfabriken einzuführen. Er hat aus ideologischen Gründen die Frühselektion eingeführt und diesen Unsinn hat der Mann vor 16 Jahren mit hierher gebracht. Sein Enkel Althaus hat alles aus seiner Vergangenheit vergessen. Aus der Volksbildung, wofür er einmal hoch dekoriert worden ist. Er stellt sich heute hin und sagt, dieses ideologisch rückwärts gewandte Konstrukt der Selektionsschule sei zukunftsfähig. Nein, Kolleginnen und Kollegen,

Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, dieses Thüringer Schulsystem ist eine Katastrophe für unsere Kinder.

### *Die Akte Ramelow*

Ich lasse mir auch von Herrn Mohring nicht sagen, wer hier zugewandert oder zugereist oder sonst was ist. Ich lasse mir auch nicht sagen, wer hier landsmannschaftlich hergehört oder nicht. Ich kann aber politisch feststellen, dass mit Bernhard Vogel die gesamte Elite der hier anwesenden Menschen aussortiert worden ist, ausschließlich aus ideologischen Gründen. Sie wurde ersetzt durch junge westdeutsche konservative männliche Leute. Es ist dieser Bernhard Vogel, der sich nicht gescheut hat, als CDU-Landesvorsitzender von Thüringen im Namen aller CDU-Vertreter in Ostdeutschland eine Broschüre zu schreiben, die wissenschaftlich beweisen sollte, dass die PDS eine rückwärtsgewandte kommunistische Kraft ist, die Morgen die Revolution anzetteln will und sich zwischendurch demokratisch gebärdet, um von hinten leninistisch die Macht zu ergreifen. Dieser Bernhard Vogel hat das Grußwort und den Auftrag dazu ausgegeben und hat Wissenschaftler bemüht, die renommiert für die Konrad-Adenauer-Stiftung schreiben (CDU), der er selber vorsitzt, und für die Hans-Seidel-Stiftung, also die CSU-nahe Stiftung. Diese Wissenschaftler, die sich mit der Gefahr, die von uns ausgeht, haben die Namen Hermann Gläumis, Christian Peter Segal oder Patrick Moreau. Herr Moreau hat in der gleichen Zeit für den Verfassungsschutz in Thüringen gearbeitet. Als ich mich erkundigt habe, woher meine Akten im Verfassungsschutz kommen und wer sie abgearbeitet hat, hat die Datenschutzbeauftragte Frau Liebaug festgestellt, sie hätte keine Informationen in meiner Akte über Herrn Gläumis gefunden.

Heute wissen wir, Genossinnen und Genossen, diese Menschen gibt es alle nicht. Das sind Phantome. Das sind Pseudonyme. Da hat man in der Hans-Seidel-Stiftung und in der Konrad-Adenauer-Stiftung immer Herrn Moreau unter verschiedenen Namen über uns schreiben lassen, wie gefährlich wir seien. Dieser so genannte Wissenschaftler schreibt dann auch noch, was der Wissenschaftler Gläumis geschrieben hat, er zitiert sich selber, nur um zu beweisen, wie gefährlich wir sind.

Genossinnen und Genossen, das ist jetzt der Teil meines Werbeblockes, soeben eingetroffen und auf dem Parteitag erwerbbar aus dem Dietz-Verlag „Die Akte Ramelow“, ein deutsch-deutsches Lesebuch über Thüringer Verhältnisse, über die Rolle von Herrn Vogel, die CDU, dem Verfassungsschutz, den Geheimdiensten und wie gefährlich man uns hält. Und wenn wir nicht gefährlich sind, macht man uns eben zu gefährlichen Organisationen. Da sage ich, Pfui, diese Form von Verfassungsschutzmissbrauch muss beendet werden.

Niemand soll denken, dass es nur um solche Menschen wie uns ginge oder nur um die ginge, die von links Themen wieder auf die Tagesordnung setzen. Nein, es geht in Bad Blankenhain dann auch einmal um parteilose, um Mitglieder der Freien Wählergemeinschaft. Es trifft auf einmal Leute, die im Weg sind. Da wird eben gegen Schneider und Peik, den Bürgermeister und den Beigeordneten der Nabis-Computer des Geheimdienstes angeschmissen, um sie auszuforschen. Da benutzt eben der damalige Innenminister Christian Köckert seinen Machtapparat, seine Machtfülle, um gegen missliebige Personen in Thüringen den Staatsapparat in Gang zu setzen. Und dann denkt man noch, das wäre eine CDU-Machenschaft und Jahre später bekommt man mit, es geht um Immobilien. Es geht um privaten Nutzen einzelner Akteure.

Genossinnen und Genossen, die CDU hat sich diesen Staat unter den Nagel gerissen. Deswegen gehört zur Demokratie der Wechsel und deswegen müssen wir auch deutlich machen, der Wechsel ist ein demokratischer Wert. Man muss mit Ideen deutlich machen, dass es keine Staatsmachtspartei CDU unter der Führung von Herrn Althaus gibt, die uns ideologisch vorgibt, was wir zu denken oder zu meinen oder zu tun haben. Die Fördergelder dafür einsetzen, die Willfähigen zu unterstützen und die Missliebigen zu bekämpfen. Diese

Form des staatlichen Umgangs muss beendet werden. Steffen Lemme hat zu Recht auf das demokratiegefährdende Problem der Nazis und Neonazis hingewiesen. Deswegen wird die Freiheit eben nicht am Hindukusch, sondern in Arnstadt oder in Fretterode verteidigt. Um es deutlich zu machen. Die Form, wie die den Verfassungsschutz gegen uns einsetzen, ist ein Teil des Problems. Die linke Gehirnhälfte bei diesen Konservativen ist wirklich verkümmert. Das ist schlecht für PISA, für die Lernfähigkeit und für die Lesefähigkeit. Deswegen muss die linke Hälfte kräftiger wieder gestärkt werden und deswegen sage ich: Ja, links wirkt. Es ist gut, dass wir da sind.

### *Rückeroberung des gesellschaftlichen Sektors*

Das jetzt CDU-Ministerpräsidenten schon das Wort Mindestlohn in den Mund nehmen und es für vorstellbar halten, es für ganz prekäre Branchen einzuführen, ja liebe Leute, das hätte es doch ohne uns gar nicht gegeben. Das ist doch eine erstaunliche Entwicklung. Nicht nur, dass die SPD den demokratischen Sozialismus wieder entdeckt hat, sondern dass drei CDU-Ministerpräsidenten sagen, der gesetzliche Mindestlohn muss ausgedehnt werden. Wir gehen wieder ein Stück weiter und sagen, der gesetzliche Mindestlohn muss für alle Menschen eingeführt werden.

Um unsere Verfassung in den Mittelpunkt unserer Debatten zu stellen, Genossinnen und Genossen. Wir sagen es der CDU zum tausendsten Mal, im Grundgesetz steht, Artikel 15 in Verbindung mit Artikel 14.2 drin: „Eigentum verpflichtet.“ Und daran muss man nicht nur erinnern, sondern da muss man auch um Verteilung drängen. Eigentum verpflichtet und er muss dem Gemeinwohl dienen. Er muss uns allen dienen. Und deswegen, Genossinnen und Genossen, ganz klar, ich bin für Vergesellschaftung. Das gebe ich auch zu. Da muss man keine Spitzel auf mich ansetzen. Ich bin für die Rückeroberung des gesellschaftlichen Sektors, z. B. des Stromnetzes in öffentliche Hand.

Wir können uns doch nicht von Alois Riehl von der CDU in Hessen in dieser Frage links überholen lassen. Da müssen wir sagen, wir helfen ihm, er hat ja Recht. Und dann sagen wir, bitte, wenn es denn der Wahrheitsfindung dient, würden wir auch mit der CDU zusammen die Stromkonzerne um ihr Stromnetz bringen. Sie gehören unter öffentliche Kontrolle. Und wir müssen den gesellschaftlichen Kampf um die Rückeroberung von alltäglichen Politikfeldern führen. Stadtwerke müssen gestärkt werden. Krankenhäuser müssen unter öffentliche Verwaltung gestellt werden, Stromnetze und Gasnetze gehören unter öffentliche Kontrolle. Diese Form von gesellschaftlicher Auseinandersetzung ist grundgesetzkonform, sie füllt das Grundgesetz aus. Wer diese Teile aus dem Grundgesetz bereinigen, bestreiten, wegmanipulieren will, der will die Verfassung zerstören. Deswegen, Genossinnen und Genossen, sage ich ganz deutlich, wer völkerrechtswidrige Kriege anzettelt, ist ein Verfassungsfeind.

### *Reichtum basiert auf der Armut der anderen*

Genossinnen und Genossen, man muss auf beiden Ebenen, auf der Bundesebene und auf der Landesebene Politikfelder entwickeln, anbieten. Wir müssen deutlich machen, wofür wir stehen. Ich will an dieser Stelle einfach Mal auf ein Phänomen aufmerksam machen, auf das ich auf dem Lobensteiner Parteitag das erste Mal aufmerksam gemacht habe. Im Jahr 2006 hatten wir einen Zuwachs. Und ich freue mich immer über Zuwächse, wenn sie denn sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze wären, würde ich mich sehr darüber freuen. Wir hatten einen Zuwachs von 31.000 Millionären in diesem Land. Das sind täglich 85 Millionäre mehr und die haben nicht einmal Lotto gespielt. Jeden Tag. Das ist gesellschaftliche Realität. Das sind 3,5 Millionäre pro Stunde. Also in dieser Zeit, in der ich hier rede, haben wir schon

wieder 3 Millionäre mehr. Das ist gesellschaftliche Realität und deren Reichtum basiert auf der Armut, die organisiert wird für alle anderen. Diese Wahrheit muss man aussprechen. Deswegen, Genossinnen und Genossen, zur Vermögensbilanz gehört die Armutsbilanz. Wer die Armut verschweigt, drückt sich vor der gesellschaftlichen Realität. Hartz IV hat zur massenhaften Verarmung beigetragen. Deswegen muss Hartz IV rückabgewickelt werden, nach vorne geöffnet werden in Richtung gemeinwohlorientierter Tätigkeit. Der Ausgang aus Hartz IV muss bezahlte Arbeit, sozialversicherungspflichtige bezahlte Arbeit sein. Am Beispiel Thüringen gab es einen seltsamen Vorgang. Da gibt es diesen FDP-Generalsekretär in Thüringen, ich weiß gar nicht, was das Wort General dabei soll, der mich kritisiert, dass ich gewagt habe zu sagen, dass dieses Land jeden Tag 103 Menschen verlassen. Er sagt, „ich könnte nicht rechnen“. Da kann ich nur sagen, die PISA-Studie beweist, die Lesefähigkeit ist zurückgegangen. Bei Herrn Kurth in jedem Fall. Ich habe gesagt, die Abwanderung von 103 Menschen, die täglich das Land verlassen, ist für mich ein großes Problem und ist für uns Ausgangspunkt unserer Landespolitik. 103 Menschen gehen jeden Tag weg. Es sind die jungen Menschen, die weggehen. Und da hilft mir die Nettowanderungsbilanz gar nichts, dass am Schluss 39 Menschen täglich Thüringen verlassen. Aber dass 103 Junge gegangen sind, ist eine Katastrophe, weil uns in 30 Jahren der gesamte Entwicklungskorridor von nachwachsenden jungen Menschen fehlt. Es werden zu wenige Kinder in Thüringen geboren. Da kann ich nicht darauf warten, ob noch mehr ältere Menschen zuwandern. Ich freue mich über jeden älteren Menschen, der herkommt und hier sein Geld ausgeben will. Aber wir müssen eine Politik machen, dass es 1000 gute Gründe gibt, dass junge Menschen hier bleiben und hier ihre Zukunft sehen. Deswegen, Genossinnen und Genossen, werden wir den Begriff Heimat in unserer Art übersetzen.

### *Es gibt nichts diskriminierenderes als Armut*

Zur traurigen Wahrheit, die Herr Althaus zu vertreten hat, gehört eben auch, dass die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze trotz leichtem Zuwachs im abgelaufenen Jahr um 81.500 zurückgegangen sind. Das sind 45 Arbeitsplätze täglich in Thüringen weniger. Daran hat Herr Althaus gar nichts geändert, sondern ganz im Gegenteil. Die Fördermillionen, sind für Prestigeobjekte, für Vetternwirtschaft und schwarzen Filz ausgegeben worden. Spaßbäder machen eben keinen Spaß, wenn die Kommunen am Schluss die ganzen Verluste zu tragen haben.

Lasst es mich sagen: 56.000 offiziell registrierte Langzeitarbeitslose in Thüringen, 140.000 Arbeitslose, eine Bilanz, die dazu führt, dass in allen Familien immer ein Betroffener ist, der das Thema Arbeitslosigkeit am eigenen Körper kennt. Das finde ich eine moralische Katastrophe und eine politische Herausforderung, endlich Antworten zu geben. Dass man sagt, wir stärken die Region. Regional statt global ist unsere Antwort, statt von der Globalisierung zu faseln, müssen wir in der Region die Menschen stärken. D. h. aber z. B. was ganz Banales, was Herr Althaus immer verweigert, ein Vergabegesetz. Wenn das Land öffentliche Aufträge vergibt, muss es eine Chance geben, für heimische Betriebe, die sich ihrer sozialen Verantwortung stellen, dass sie auch einen Zugangsweg dazu kriegen. Das Beispiel Landtagsneubau - jetzt will ich gar nicht von dem vergebenen Geld reden - ich will von dem Prinzip der Vergabe reden. Statt einem Großinvestor, einen Generalunternehmer, einzusetzen, hätten wir im Kleinlosverfahren viele regionale Anbieter mit einbeziehen können, statt sie als ausbeutungsfähige Subunternehmer in die Wertschöpfungskette hinten dran zu stellen. So geht man nicht mit Thüringer Betrieben, Unternehmen und Beschäftigten um. Deswegen gehört beides zusammen.

Ich glaube, die größte moralische Verfehlung, die ich Herrn Althaus anlasten muss, sind 60.000 Kinder und Jugendliche, die Sozialgeld bekommen, also Kinder und Jugendliche, die

in Armut leben, die in Thüringen eine Armutskarriere vorgeprägt bekommen. Ich will als Beispiel das wieder abgeschaffte und durch Gericht einkassierte Büchergeld benennen. Ich finde es unerträglich, dass man ein Büchergeld einführt, obwohl Bildungsfreiheit in der Verfassung steht. Ich finde es aber auch unerträglich, dass dann Kinder, Steppkes in die Schule kommen und ihren Hartz IV Bescheid der Eltern mitbringen sollen, um sich zu entlasten, dass sie das Büchergeld nicht zahlen. Es gibt nichts diskriminierenderes als Armut. Und wenn die Armut im Klassenraum um sich greift, dann geht diese Gesellschaft vor die Hunde, Genossinnen und Genossen. Deswegen müssen wir für den gesellschaftlich Kit des Zusammenhaltens kämpfen und arbeiten. Armut darf nicht das Prinzip sein, das Bildung verhindert. Deswegen müssen wir das Schulsystem überwinden und wir müssen die sozialen Leistungen überwinden, die Armut in Armut halten und Armutskarrieren vorzeichnen. Beides gehört zusammen.

### Einer trage des Anderen Last

Ich gestehe, Alternativmodelle kosten Geld. Und ich gestehe, dass wir eine Steuersenkungspartei und eine Steuererhebungspartei sind. Steuersenkung gebe ich ganz schnell zu, haben wir im Bundestag eingebracht, kann jeder nachvollziehen. Ja, wir möchten die Mehrwertsteuersätze auf Arzneimittel senken, und zwar auf den halbierten Satz. Ja, wir möchten auf Nahverkehrssysteme die Mehrwertsteuer am Liebsten abschaffen. Öffentlichen Personennahverkehr mit Mehrwertsteuer zu belegen, ist ein Raubzug des Staates an ökologisch und ökonomisch sinnvollen Vorgängen. Diese Steuerarten würden wir gerne abschaffen, zurückführen und den Menschen zur Verfügung stellen, damit sinnvolle Projekte entstehen. Und wir möchten Steuern erheben. Das will ich zugeben.

Ich habe von den 3,5 Millionären, die während meiner Rede entstehen und wieder da sein werden, gesprochen und den rufe ich zu, ich gönne Euch Eure Millionen, wenn Ihr die Steuern auch bringt, dass der Sozialstaat für alle gerecht gestaltbar ist. D. h. wenn im biblischen Sinne einer des Anderen Last auch trägt, und wenn der, der stärkere Schultern hat, auch stärker trägt. Ich will ihm seine Millionen nicht neiden, aber ich möchte, dass er soviel Steuern zahlt, damit wir den Kindern einen Entwicklungsweg in Gerechtigkeit ermöglichen können. Das ist Ausgleich und Gerechtigkeit über die Steuereinnahmen.

Deswegen sage ich klar, Steuerarten wie Vermögensteuer, Börsenumsatzsteuer und Kapitalertragsteuer gehören drastisch hochgesetzt. Wir können die Gemeinwohlfinanzierung unserer Kommunen nur organisieren, wenn andere Steuerarten kräftig verstärkt werden. Die Verarmung der Kommunen führt dazu, dass die Stadtwerke, die Krankenhäuser und unser Gemeinwohl, unsere Wohnungsgesellschaften verscheuert werden oder in die Armut getrieben wurden, damit sie dann abgegeben werden. Wir müssen die Kommunen zahlungsfähig gestalten. Das kriegen wir in Thüringen alleine gar nicht hin. Da können wir in Thüringen nur einen kleinen Beitrag leisten. Aber gesamtgesellschaftlich muss das Steuersystem und die Steuerverteilung verändert werden. Der Durchschnitt aller OECD-Staaten sagt: 40,6 Prozent in allen vergleichbaren Staaten auf der Erde, sind Steuern und Abgabenquote. In Deutschland 35,6 Prozent. D. h. wir sind Steuerdumpingland. Wir nutzen die anderen Länder dieser Erde aus, indem wir unsere Steuern und Abgabenlast und Abgabenquote für die Unternehmer senken, gleichzeitig Niedriglohn durchsetzen, also Verarmung und Entsolidarisierung in der Gesellschaft betreiben und ansonsten benehmen wir uns weltweit asozial. Deswegen müssen die Steuern und Abgaben erhöht werden, und zwar für alle in diesem Land. Würden wir nur auf den OECD-Steuersatz kommen, hätten wir eine Steuererhöhung von jährlich 115 Mrd. Euro. Wenn also jemand fragt, wo DIE LINKE das Geld hernimmt: Börsenumsatzsteuer, Kapitalertragsteuer, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer. Nur zur Erinnerung, dass Sie es immer aufsagen können. Da, wo Vermögen nicht wirtschaftlich ist und ausschließlich Zinsbewirtschaftung betrieben wird, müssen wir

sozial eingreifen, muss diese Gesellschaft wieder Leitplanken bekommen. Soziale Marktwirtschaft geht nur mit Leitplanken.

### *Einklagbarer Anspruch auf gesetzlichen Mindestlohn*

Eine weitere Leitplanke ist ganz klar. Der gesetzliche Mindestlohn für alle Menschen. Wir werden es nicht im Osten alleine richten. Die Gewerkschaften im Osten haben schon lange nicht mehr die Kraft, um gegen diese Übermacht anzugehen. Und daneben stehen schon wieder die Zuwanderungsarbeitnehmer, die als Lohnsklaven ins Land geholt werden, die sind Lohnsklaven und Opfer des Systems und nicht Täter im System. Täter sind die, die ihren wirtschaftlichen Profit daraus ziehen.

Deswegen kann ich mich eben nicht freuen, wenn weißrussische, polnische oder sonstige Schlachter in den Schlachthöfen hier für drei Monate arbeiten und dann wieder weg gejagt werden und damit für drei oder zwei Euro Stundenlohn ausgebeutet werden. Nein, ich möchte, dass jeder Mensch in diesem Land, egal woher er kommt und was er tut, einen Anspruch, einen einklagbaren Anspruch auf gesetzlichen Mindestlohn hat. Das ist das Mindeste, was wir zu verlangen haben. Dafür stehen wir als DIE LINKE. Wenn dann die CDU-Leute mitmachen, soll es mir recht sein, wenn die SPD mitmacht, soll es mir recht sein. Christoph Matschie hat auf dieses Thema immer wieder hingewiesen. Ich will es einfach einmal sagen, er hat schon lange auf das Thema gesetzlichen Mindestlohn hingewiesen. Und wenn er etwas Richtiges und Klares und Freundliches und Positives sagt, muss man es auch genauso bewerten. Wir sollten ihn ermuntern, gemeinsam mit uns das Thema gesetzlicher Mindestlohn durchzusetzen. Nicht nur darüber reden, durchzusetzen heißt es.

Genossinnen und Genossen, ja, lasst uns auch ein Wort über Sozialschmarotzer reden. Da gibt es einen hochdekorierten Sportler. Da wird ein Kaiser hochgelobt und hochdekoriert als unser Fußballkaiser in der Welt und unsere Bundeskanzlerin zeigt sich immer wieder gerne mit ihm. Dann kriegt er seine Orden angesteckt, aber er muss immer darauf achten, dass er nur 189 Tage im Jahr hier ist, sonst müsste er hier Steuern zahlen. Und das tut er nicht. Es gibt da nur eine Antwort darauf: Wer die deutsche Staatsbürgerschaft hat und haben will, muss hier Steuern zahlen.

Da gibt es einen Milchproduzenten, ich rufe Euch zu „Alles Müller oder was?“, der stellt sich hin und sagt, liebe Bundesregierung, wenn Du das Erbschaftssteuerrecht nicht zu meinen Gunsten änderst, dann gehe ich weg. Und dann sage ich, Herr Müller, Sie können gehen. Ihre Firma und Ihre Steuerpflicht bleiben hier. Und wir lassen uns nicht erpressen. An dem Beispiel von Herrn Müller wird deutlich, wer in diesem Land das Sagen hat und wer die Macht ausspielt. Nicht DIE LINKE. DIE LINKE kämpft darum, dass viele sich zusammenschließen und solidarisch den Kampf führen. Aber Herr Müller, der die Millionen unter seinen Daumen hat sagt, ich setze meine Millionen und Milliarden ein, um die Macht auszuüben. Und diese Form der Machtausübung muss begrenzt und langfristig beendet werden.

Deswegen sage ich, Herr Müller, bei uns gibt es keine Sympathie für Sie. Ihre Produkte kann jeder Bürger kaufen. Das gehört zur freien Gesellschaft. Aber ehrlich gesagt, ich habe kein Verständnis für all die, die alles Positive in diesem Land abräumen und an der Finanzierung des Landes sich nicht beteiligen.

Und eine weitere Bemerkung. Die Allianzversicherung. Ihr kennt die „Hoffentlich Allianz versichert“, diese Versicherung hat gerade Schecks ausgeteilt. 60.001 Euro gab es für CDU/CSU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Überweisung als Parteispende, muss angezeigt werden. Wir kriegen das dann dokumentiert. Die FDP, lieber Herr Kurth, das müssen Sie selber klären, hat nur 50.001 Euro gekriegt. Warum Sie 10.000 weniger gekriegt haben, vielleicht weil Herr Kurth nicht richtig lesen kann. Aber jedenfalls, die haben alle Geld gekriegt. Es gibt eine Partei im Deutschen Bundestag, die davon ausgenommen wurde. Das

sind wir, und ich bin stolz darauf, weil auf diesen Judaslohn für die private Rentenversicherungs- und Kapitaldeckung, auf die Ver-Riesterung der Risiken können wir gerne verzichten. Unsere Antwort dazu heißt – moderne Bürgerversicherung. Jeder muss von jedem Geld, das er verdient, Beitrag zahlen, egal aus welchem Grund. Deswegen, Genossinnen und Genossen, ein einheitliches Dienstrecht, keine Trennung mehr von Arbeiter, Angestellte und Beamten. Eine moderne Bürgerversicherung, alle zahlen ein und die Lasten werden auf alle verteilt. Wer mehr hat, wem von Gott mehr gegeben wurde, dem nehmen wir etwas mehr ab von dem, was er jährlich kriegt. Das nennen wir soziale Gerechtigkeit.

### *Zeitenwechsel in Thüringen*

Deswegen, Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen, liebe Freunde und Mitstreiter, ein paar klare Bemerkungen. Wir stehen in Thüringen für einen generellen Zeitenwechsel. Wir stehen dazu bereit, dass wir in diesem Land Politik weiter entwickeln wollen und Steffen Lemme hat darauf hingewiesen. Wer sich nur auf das Politikfeld der reinen Oppositionsform bezieht, möchte nicht gestalterisch dieses Land umkrempeln. Ich möchte, dass die Verhältnisse in diesem Land zum Tanzen gebracht werden, und zwar durch uns, und nicht dass wir am Spielfeldrand stehen und den anderen zurufen, wie sie tanzen sollen. Lasst uns mit ihnen die Tanzschritte einüben. Dazu müssen wir aber ein starker Tanzpartner sein. Dann können wir die Verhältnisse zum Tanzen bringen. Lasst uns über anderes Schulrecht, Schulsystem und einen Alltag in der Schule gemeinsam reden. Eine Schule geht anders. Wir müssen sie anders wollen. Und wir müssen sie dann entwickeln. Wir können sie nicht alleine auf Parteitag beschließen. Wir müssen sie mit den Menschen entwickeln. Es gibt genügend Menschen, die sich daran erinnern, dass längeres gemeinsames Lernen etwas Gutes ist und nicht etwas Schlechtes.

Ganz klar, Bildung ist unser Thema. Lasst mich einen Traum aussprechen. Lasst uns doch einmal darüber nachdenken, wenn an einer Schule wieder eine Küche da ist, in der gekocht wird, in dem Nahrung, Essen, Nahrung zubereiten als Teil des Bildungsprozesses wieder begriffen wird. Lasst uns doch nicht jammern über Fast Food und Fehlernährung, über Fettleibigkeit oder sonst was. Lasst uns den Kindern in der Schule gemeinsam mit allen Akteuren das Wissen vermitteln, dass Nahrung etwas Wichtiges für uns alle ist. Insoweit geht Schule völlig anders. Da gehört der Hausmeister dazu, da gehört die Schulsekretärin dazu, da gehören die Lehrer dazu, da gehören Sonderpädagogen dazu, dazu gehören Bedingungen in der Schule. Jede Schule muss ein Lebens- und Lernort sein, in dem es allen Beteiligten Spaß macht, dorthin zu gehen.

Ich gestehe, ja auch in der Verwaltung muss sich in Thüringen Einiges ändern.

Es hilft nichts, wenn am Schluss dieses Land das Geld verschleudert, weil am Schluss nur noch Häuptlinge und keine Indianer mehr da sind. Ich meine das ganz bewusst. Wir haben eine Fehlentwicklung in diesem Land. Da passt die Polizeistruktur nicht zur Gerichtsstruktur. Da streiten sich zwei Ministerien und zwei Minister, zwei Egomanen, die miteinander nicht können. Da bekämpft sich Herr Fiedler mit seinem Minister und man hat das Gefühl, dass es dort nur um persönliche Interessen und persönliche Neigungen geht. Als wenn diese Landesregierung eine Neigungsgruppe wäre. Und wir sagen, Genossinnen und Genossen, Verwaltung muss aufeinander abgestimmt sein und muss dem Zweck dienen, den Bürgern. Im Vordergrund steht deswegen, klare Bedingungen – Einräumigkeit in der Verwaltung, Zweigliedrigkeit in der Verwaltung, keine drei, vier, fünf Ebenen, keine aufgeblähten großen Apparate oben drüber, keine, die sich miteinander erst koordinieren müssen, wo wir mehr Kräfte für die Koordination einsetzen als für die Leistungsfähigkeit der Verwaltung. Deswegen lasst uns über eine Verwaltungsreform reden. Und am Ende wird dann auch eine Gebietsreform stehen. Das eine geht ohne das andere nicht. Nur Gebiete zu verändern, ohne

die Verwaltung zu verändern, ist sinnlos. Deswegen lasst uns darüber reden und diskutieren, wofür Verwaltung da zu sein hat – für die Menschen.

Moderne Bürgerbüros, die überall erreichbar sind. Und für kleine und mittelständische Betriebe, Investorenlotsen, die sich um alles kümmern, was mit ihrem Investment zusammenhängt und nicht das Latschen durch 27 Behörden und das Abarbeiten von irgendwelchen Vorgaben, die man gar nicht überschauen kann.

Ich glaube, Verwaltung steht auf der Seite der Bürger und ist nicht ihr Gegner. Deswegen müssen wir auch gemeinsam darüber reden mit den Beschäftigten. Deswegen muss das Personalvertretungsrecht gestärkt und nicht abgebaut werden, Klar ist, Verwaltung muss schlanker, straffer und effizienter werden. Eine Kreisfreiheit von Eisenach braucht außer der CDU niemand.

Und eine weitere Bemerkung. Ja, wir wollen eine Energiewende in Thüringen.

Wir wollen, dass wir uns ein Ziel vornehmen und verabreden. Wir wollen in 10 bis 15 Jahren die Menge an Energie, die hier verbraucht wird, auch selbst produzieren.

Wir wollen aber nicht autark sein. Wir wollen uns nicht aus der Welt abmelden. Wir wollen nur nicht, dass die 380 KV-Leitung ausschließlich aus Profitgründen gebaut wird, sondern wir wollen das Energie in der Region selber entsteht und Biogasanlagen, Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen als Ergänzung und als positive Bereicherung gesehen werden. Deswegen Stromnetze in öffentliche Hand und die Energieproduktion als alltägliches Geschäft in unsere Dörfer. Das wäre ein Zurück zu mehr Regionen und Regionalisierung. Eine Energiewende ist möglich. Lasst Sie uns in den Vordergrund stellen.

Dieses Land eigenständig zu finanzieren

Man muss klar sagen, die CDU hat eins geschafft. Den Inselsberg, obwohl mal die Thüringer Allgemeine den Wettbewerb ausgerufen hat, die Berge in Thüringen zu vergrößern. Das ist genauso wenig hilfreich und effizient, als ob man glaubt, mich landsmannschaftlich aussortieren zu können. Ich lasse mich aus Thüringen nicht aussortieren. Ich gehöre zu Thüringen. Ich lebe in Thüringen. Ich liebe Thüringen mit ganzem Herzen. Und ich sage, in diesem Thüringen haben wir viel zusammen erlebt, durchlitten, aber auch Schönes erlebt. Aber auch das Hässliche. Beides gehört dazu, weil das eine ist ohne das andere nicht zu haben. Und deswegen sage ich, die Niederlage von Bischofferode war eine der hässlichsten Erlebnisse, die ich hatte. Und wenn ich heute sehe, dass die erste Kalilizenz wieder ausgeschrieben werden soll, dann will ich einfach sagen, wenn Bischofferode heute produzieren würde, würden sie schwarze Zahlen schreiben und die Region hätte Arbeitsplätze. Die CDU hat es zugelassen, dass der ganze ostdeutsche Kalibereich zerstört wurde, aus Profitgier und um Kali und Salz zu stärken. Und da habe ich erste Mal die Entsolidarisierung von Gewerkschaften erlebt. Ihr erinnert Euch alle, wie Ihr hier vorne sitzt, weil wir gemeinsam, ja ich sage das, weil die, die hier sind, auch gemeinsam mit uns gekämpft haben an der Seite der Bergleute. Wir haben uns nicht entsolidarisieren lassen. Wir haben gemeinsam mit den Bischofferödern gekämpft und heute wissen wir, es war richtig, es war nur nicht erfolgreich. Und deswegen müssen wir wieder erfolgreich um Strukturpolitik, um Regionalpolitik kämpfen und Kali gehört auch zu unserer Entwicklung. Deswegen freue ich mich, wenn ein Schacht abgetäuft wird. Aber noch besser wäre, wenn unsere Region mit dem A, Artern und Altenburg nicht geistig abgemeldet sind aus der Landeshauptstadt. Deswegen müssen wir gemeinsam kämpfen für die gesamte Entwicklung von Thüringen. Eins kann man klar sagen: Den hohen Berg hat die TA nicht geschafft, aber die CDU hat einen hohen Berg geschafft, einen riesigen großen Schuldenberg. 17 Mrd. Euro Schulden, verjuckt und vergeudet von Herrn Althaus und seinen Freunden. Diesen Schuldenberg kriegen wir nicht weg, den müssen wir bewirtschaften und ich hoffe, dass wir ihn auch abtragen können. Wir können ihn aber nur abtragen, wenn Menschen hier bleiben und

Hoffnungen in dieses Land setzen. Ansonsten werden wir Jahrhunderte lang am verlängerten Arm von Geldgebern, von Almosengebern sein. Und das möchte ich nicht. Ich möchte, dass wir ein stolzes selbstbewusstes Land im Föderalismus sind und unsere Hausaufgaben selber machen. Aber ich möchte auch nicht im Hintern von irgendwelchen Westideologen sitzen, die mir sagen, ich habe so und so zu sein und die Kinder- und Jugendeinrichtungen müssen abgewickelt werden und die Träger aus den Schulen, die Horte müssen rausgenommen werden, die Lehrbeschäftigten dort drin, die Hortnerinnen, müssen privatisiert werden. Nein, das ist alles falsch. Das ist alles Unsinn. Das müssen wir auch klar sagen. Das können wir aber auch nur selbstbewusst sagen, wenn wir anstreben, dieses Land eigenständig zu finanzieren, aus eigener Steuerkraft. Wenn genügend Menschen Geld verdienen, werden wir die Steuerkraft auch haben. Deswegen müssen wir der schwarzen Schulden- und Filzpolitik ein Ende machen.

Es liegt an uns. Es liegt an uns, dass wir die Weichen so stellen. Und, Genossinnen und Genossen, ich rede nur von uns. Masterplan für die Energiewende, ein anderes Schulsystem, ein Leitbild für eine Verwaltungsreform, das sind rein Thüringer Themen.

Abwasserzweckverbände endlich auf ein Mindestmaß zu reduzieren und zu demokratisieren und kontrollierbar zu gestalten für alle Menschen in diesem Land. Das können wir erreichen. Es liegt an uns.

### *Verhältnisse in Thüringen zum Tanzen zu bringen*

Deswegen mache ich mir weniger Sorgen um andere Parteien. Ich weiß, dass wir alleine nicht regieren können. Aber ich werde mich nicht beteiligen an einem Personalkarussell der SPD, sondern ich rufe von hier aus der SPD zu: Lieber Christoph Matschie, liebe SPD, solange Ihr die Hintertür offen lasst, dass Ihr im Zweifelsfall mit der CDU die Macht des schwarzen Filz aufrecht erhaltet und verfehlte Schulpolitik weiter betreiben wollt, solange geht es Euch nur um Posten. Und das halten wir Euch vor. Wir sagen, wir wollen Politik machen. DIE LINKE ist bereit, Politik für Thüringen in Thüringen zu entwickeln, den Bürgern anzubieten. Und jeder, der mit uns mitstreiten will, der das mit uns gestalten will, ist herzlich eingeladen. Und wenn die Schnittmengen von uns zur SPD und die Schnittmengen auch zu den Grünen reichen, eine reformorientierte Landespolitik zu entwickeln, dann werden wir die Chance kraftvoll anfassen und in die Hand nehmen und die Gestaltungsoption als Auftrag annehmen. Genossinnen und Genossen, das habt Ihr heute zu entscheiden, ob wir dauerhaft Opposition sein wollen, ob wir Stiltonen über andere erteilen wollen oder ob wir andere einladen, mit uns die Verhältnisse in Thüringen zum Tanzen zu bringen.

Deswegen werden wir, Genossinnen und Genossen, unsere rote Seele nicht verkaufen, weder für ein Linsengericht, für billige Produkte noch für Placebo-Effekte. Ich habe die Felder benannt, die wir verändern können. Die haben etwas mit Alltagspolitik zu tun. Diejenigen, die Zweckverbandsentscheidungen kriegen, wissen, welche Hoffnung sie auf uns haben, dass 160 Zweckverbände eben 150 zu viel sind. Dann muss man es auch ändern.

### *Das Spiel als Team nach vorn treiben*

Genossinnen und Genossen, 2009 stehen alle Wahlen vor uns.

Ich habe angekündigt, dass ich im Mai nächsten Jahres mein Mandat als ehrenamtlicher Bundeswahlkampfleiter in die Hände des Parteivorstandes zurückgeben werde. Ich hoffe, dass wir bis dahin die sechs Wahlen im Westen erfolgreich gemeinsam absolviert haben. Ich hoffe, dass wir dann in drei westlichen Landtagen aus eigener Kraft Landtagsfraktionen haben und ich hoffe, dass wir die Kommunalmandate von 500 auf 1.000 im Westen verstärken, damit wir ein Fundament haben. DIE LINKE muss gesamtdeutsch sich aufstellen, sonst werden wir die gesamtdeutschen Verhältnisse nicht zum Tanzen bringen.

Wenn wir also über Sozialismus als Vision reden wollen, dann müssen wir auch spürbar in ganz Deutschland, in Nord, Süd, Ost, West da sein, spürbar sein, kraftvoll zupacken und sagen, das ist anfassbar.

In diesem Sinne werde ich aber mich auf Thüringen konzentrieren.

Ich habe deutlich gemacht, dass ich 2004 als Ministerpräsidentenkandidat angetreten bin, nicht um Spaß und Vergnügen zu haben, sondern um mit unserer Partei gemeinsam wieder Siege gemeinsam erringen zu können. Am Abend 2002, als die Bundestagswahl für uns nicht gut ausging, waren es Dieter Hausold und Knut Korschewsky und ich, die zusammen in Dieters Büro saßen, und gesagt haben, wir können die Genossen unten jetzt nicht trauern lassen. Wir haben eine große Niederlage, die wir heute Abend erleben werden. Es ist unsere Pflicht, nach außen Kraft auszustrahlen. Und dafür, Dieter, danke ich Dir und Knut, dass wir seitdem gemeinsam immer wieder gesagt haben, es liegt an uns, dass wir die Verhältnisse verändern können. Lasst es uns anfassen. Lasst uns das Spiel als Team gemeinsam nach vorne treiben. Und deswegen gehört für mich dort ein klares Dankeschön auch an Gabi Zimmer, Birgt Klaubert und Karin Kaschuba, die ich von hier sehr herzlich grüße in ihrer Krankheit und viel Genesung wünsche, aber es waren eben immer Menschen da, die in dieser Landespartei gesagt haben, wir dürfen uns nicht aufgeben und zurückziehen in die Schmollecke. Wir müssen angreifen. Wir müssen deutlich machen, dieses Land kann besser, dieses Land muss besser werden.

Ich bin heute Morgen durch die Vordertür hereingekommen, weil meine ganze Lebensart so ist, dass ich immer durch Vordertüren gehe. Sollte ich einmal durch eine Hintertür gehen, tue ich das nur, um anschließend durch die Vordertür kräftiger wieder rein zu kommen. Es muss da niemand Angst haben.

Aber die 2009er Wahl ist nicht nur in Thüringen wichtig, sondern sie ist parallel im Bund, in Europa und im Saarland wichtig. Am Saarland und Thüringen wird sich entscheiden, welchen Weg Deutschland gehen wird. Es ist eben nicht nur eine regionale Wahl, die wir in Thüringen gemeinsam bestreiten. Es wird sich danach orientieren, ob wir als alltagstaugliche Kraft Politik in diesem Land annehmen und entwickeln wollen. Es wird deswegen von anderen über uns entschieden, ob sie uns ernst nehmen. Deswegen muss sich die SPD im Saarland und in Thüringen zu uns verhalten. Wir sind bereit, Politik zu machen. Wir sind bereit, Politik in dem Sinne, wie ich es beschrieben habe, zu entwickeln und durchzuhalten, nicht für Spielchen, nicht für Linsengerichte. Deswegen muss sich die SPD im Saarland verhalten, ob sie Herrn Müller dort abwählen will. Das wird sie nur mit uns können, weil wir derzeit bei 20 % liegen. Hier in Thüringen wird sie es nur mit uns können. Nur mit uns wird man Dieter Althaus und seine schwarze Filztruppe in den wohlverdienten Ruhestand der Opposition versetzen. Und ich finde, der CDU tut es gut, in Opposition zu gehen.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist Zeit für Veränderung. Lasst uns die Veränderung annehmen. Lasst uns die Veränderung als Herausforderung begreifen. Lasst sie uns gestalten. Ich biete Euch an, gemeinsam mit Euch in den Wahlkampf zu gehen, ohne Tricks und doppelten Boden, ohne Netz, ohne irgendeine Rückversicherung. Ich habe das überhaupt nicht nötig. Ich versichere das auch dem ein oder anderen Chefredakteur. Mein ganzes Leben bin ich aufrecht gegangen, habe in Arbeitskämpfen immer auf der Seite der Bedrängten gestanden. Ich werde auch in diesem Land auf der Seite der Menschen stehen. Deswegen bin ich bereit, mich als Ministerpräsidentenkandidat nominieren zu lassen, ohne Wenn und Aber. Weil wir gemeinsam damit nicht nur eine Person erwähnen, sondern deutlich machen, welches politische Konzept ab heute gilt.

Wir wollen Althaus in die politische Rente schicken.

Lasst uns das gemeinsam tun.

Deswegen, Genossinnen und Genossen, werde ich nicht für den Deutschen Bundestag kandidieren. Ich werde ausschließlich für Thüringen kandidieren und werde mit Euch gemeinsam ab sofort Wahlkampf machen. Lasst uns deutlich machen, Kinderarmut ist ein von

Menschen gemachtes Thema und es muss von Menschen beendet werden. Bildungsarmut ist ein von Menschen gemachtes Thema. Es muss beendet werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns gemeinsam dieses Land Thüringen zugunsten der Menschen verbessern und verändern.

Vielen Dank.